

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1865

23.5.1865 (No. 121)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 23. Mai.

N. 121.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr.
Einkaufsgebühr: die gespaltenen Zeitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1865.

Deutschland.

Karlsruhe, 22. Mai. Ihre Großherzogliche Hoheit die Fürstin Marie von Leiningen, geborne Prinzessin von Baden, hat heute Vormittag 10 Uhr 35 Minuten mit dem Kurierzug Karlsruhe verlassen, um nach Amorbach zurückzukehren. Ihre Großherzogliche Hoheit die regierende Herzogin von Sachsen-Koburg-Gotha, geborne Prinzessin von Baden, ist heute 1 Uhr 30 Minuten nach Koburg abgereist. Ihre Kaiserliche Hoheit der Großfürst Michael und die Großfürstin Olga von Rußland, geborne Prinzessin von Baden, haben heute Abend nach 7 Uhr mit den großfürstlichen Kindern die Reise nach St. Petersburg angetreten.

Von der Elbe, 18. Mai. (Sch. M.) Wie man aus Hannover mittheilt, ist man augenblicklich in den dortigen Regierungskreisen mit einer gründlichen Erörterung der Schleswig-holsteinischen Streitfrage, namentlich vom Standpunkt des Bundesrechts, beschäftigt, und es soll in den nächsten Tagen eine ausführliche Denkschrift darüber an die deutschen Regierungen versandt werden.

Hamburg, 19. Mai. (Nat.-Ztg.) Die Reise des Herzogs Christian von Augustenburg nach dem im Sundewitt gelegenen, unlängst für herzogliche Rechnung angekauften Lustschloß Gravenstein ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Hensburg, 18. Mai. Man schreibt der „Kreuz-Ztg.“: Die vielfachen Klagen der dänisch redenden Bewohner in Schleswig über Verdrückungen durch die Lokalbehörden, welche Augustenburgerischen Parteieinflüssen zugänglich zu sein scheinen, haben die preussische Regierung veranlaßt, den Hrn. v. Jellisch in dieser Beziehung unter dem 16. d. M. auf die öffentlichen Klagen und Beschwerden hinzuweisen und ihm die angelegentlichste Sorge zu empfehlen, daß die dänisch redenden Bewohner des Landes vor jeder Verdrückung und Beschädigung geschützt würden. Es sei der feste Wille der königl. Regierung, den Bewohnern dänischer Nationalität, welche der Fürsorge Preußens anvertraut sind, in jeder Weise gerecht zu werden und auch ungerechtfertigte Belästigungen mit derselben Entschiedenheit abzuwehren, mit welcher sie den Schutz der deutschen Bevölkerung übernommen habe. Hr. v. Jellisch wird in Folge der erhaltenen Anweisung sorgfältige und gründliche Erkundigungen und Untersuchungen über die laut gewordenen Klagen der Bewohner anstellen, event. mit seinem Wittkommisarius veranlassen. (Die „Nordd. Allg. Ztg.“, welche Ähnliches gemeldet hatte, weist am nächsten Tage die etwaige Annahme zurück, als sei hier eine direkte Anweisung der preussischen Regierung an die schleswigschen Lokalbehörden erfolgt. „Die Sache — bemerkt das ministerielle Blatt — erledigt sich wohl von selbst, da es auf der Hand liegt, daß solche Anweisung weder direkt, noch durch Hrn. v. Jellisch erfolgen könnte, sondern einwirken nur auf dem Wege einer Vereinbarung zwischen den beiden HH. Wittkommisarius und demnachstiger weiterer Veranlassung an die Landesregierung geschehen würde.“)

Berlin, 20. Mai. Verhandlungen des Abgeordnetenhauses. Auf der Tagesordnung stand heute der Etat der Justizverwaltung. Eine längere Debatte veranlaßt die für die Oberstaatsanwälte verlangte Gehaltserhöhung von 600 Thirn. Die Kommission trägt auf den Strich dieser Position an.

Abg. v. Hennig für den Kommissionsantrag. Die Staatsanwaltschaft habe sich so entwickelt, daß sie heute nicht das öffentliche Recht, sondern eine Partei vertrete; täglich lese man von Prozeßproben; das Abgeordnetenhaus schließe Niemand gegen die schändlichen Verleumdungen. Die Stellung der Staatsanwälte als abhängige Verwaltungsbeamten sei von Hause aus eine falsche. Die Entziehung unserer Staatsanwaltschaft sei in Frankreich zu suchen; dort seien ursprünglich die Kronanwälte aus den Advokaten genommen und sie seien in den Advokatenstand zurückgetreten, wenn der Regent sie entlassen. Damals (noch unter Ludwig XIV.) sei die Auffassung ihrer Aufgabe noch eine würdige gewesen. In der Vorunternehmung sei heute der Staatswalt günstiger gestellt, als der Verteidiger; daß jener dem Range nach den Räten des Gerichts gleich stehe, sei ebenfalls ein Grundfehler, da der Staatsanwalt dadurch der Disziplin des Gerichtspräsidenten entzogen werde. Der gegenwärtige Justizminister habe die Stellung der Staatsanwälte noch verschlechtert. Man möge die Stellung der Staatsanwälte nicht noch angenehmer machen, um nicht mehr Streber zu diesem Amte zu ziehen.

Abg. Hahn (Ratibor) vertheidigte die Staatsanwaltschaft und beantragte Entziehung der Gehaltserhöhungen. Der Reg.-Kommissar Geh. Rath Sybow: Die Position sei bereits in den Etatsentwürfen pro 1863 und 1864 im Etat des Finanzministeriums (zu Gehaltserhöhungen) erschienen und dort bewilligt. Was der Abg. v. Hennig in Betreff der Staatsanwaltschaft gesagt, könne hier unerörtert bleiben; die Oberstaatsanwälte beim Obergericht hätten mit der Initiative zur Verfolgung nichts zu thun. Abg. Laßler repliziert dem Abg. Hahn. Auf die Beförderung der Gesetzgebung über die Stellung der Staatsanwälte könne man nicht warten; bei der Budgetberatung habe man seine Pflicht zu thun.

Justizminister: Er habe über Verfolgung wegen Verleumdung des Hauses beantragt; das Haus habe sich abgelehnt, weil es erhalten über solche Verleumdungen sei. Bei dieser Praxis des Hauses habe er

keine Veranlassung zu unnützem Schreibwerk. Es sei kein gutes Zeichen, daß dergleichen heftige Angriffe ohne hinreichende Begründung in diesem Hause erhoben werden. Der Präsident: Es sei ihm nur ein einziger Fall vorgekommen, daß der Justizminister die Verfolgung wegen Verleumdung des Hauses beantragt, bei einem Wigblatte, wo es unter der Würde des Hauses gewesen, die Verfolgung eintreten zu lassen. Wegen der Verleumdung von Seiten offizieller Blätter sei der Justizminister mit Anträgen nicht gekommen. Abg. v. Hennig: Der Justizminister habe selbst zugestanden, daß er nicht weiter seine Pflicht gethan, weil das Haus einmal seine Pflicht gethan.

Nachdem Hahn (Ratibor) auf die Bemerkungen Laßler's und v. Hennig's Einiges erwidert, sprach der Abg. Twisten über die Stellung der Gerichte. Die Kritik richtiger Entscheidungen sei für das Haus unbedingt in Anspruch zu nehmen, denn das Haus müsse die Wirkung der bestehenden Gesetze kontrolliren, da es das Recht habe, die gesetzgeberische Initiative zu ergreifen. Der alte Ruhm der Unabhängigkeit der Gerichte sei vergangen. Die Praxis der Befragung der Stellen des Obergerichts nach politischen Rücksichten, von Simons begonnen, sei von dem jetzigen Minister auf die Appellationsgerichte ausgedehnt. Wo ein Interesse der Regierung in Frage komme, werde vom Obergericht nicht mehr nach dem Gesetz, sondern nach den Interessen der regierenden Partei erkannt. Redner führt mehrere Fälle an, namentlich in Betreff der Handhabung des Pressgesetzes. Es ist allerdings dem Richter gestattet — sagt Redner — das Gesetz auszulegen, aber es muß dabei doch auch dem Gesetzgeber zugestanden werden, daß er bei Erlaß des Gesetzes nach dem gesunden Menschenverstand verfähre. Es gab eine Stadt, wo es sprichwörtlich hieß: „Hier sängt das Posthorn die Stadt an, und hört der gesunde Menschenverstand auf.“ Mir scheint, daß das Obergericht nach dem Posthorn die Stadt richtet. Selbst ein konservativer Beamter sagte kürzlich zu mir: Die Entscheidungen des Obergerichts übertreffen alle unsere Erwartungen. Die Unabhängigkeit unserer preussischen Richter scheint bereits bis zur Servilität herabgefallen zu sein. Auch von anderen Gerichtshöfen führt Redner mehrere Beispiele von Gesetzesauslegung in Prozeßfällen an. In ganz Frankreich haben 1864 24 Verurtheilungen von Blättern stattgefunden, 4 Suspensionen, 40 Verurtheilungen in Prozeßfällen; in Berlin allein 175 Prozeßfälle. Gegen die „Nordd. Allg. Ztg.“ habe der Magistrat von Gumbinnen kein Recht gefunden. Das Monopol der Staatsanwaltschaft werde auf der einen Seite ein Instrument zur Unterdrückung der Gegner, auf der andern ein Instrument, um die Straflosigkeit der Anhänger der Regierung zu sichern. Redner ging weiter auf den Polenprozeß ein, dessen Verfahren von einem der Regierung befreundeten Organe als „Präventivjustiz“ zutreffend genug bezeichnet sei. Das Verfahren in diesem Prozeß sei geeignet, diejenigen Personen, welche an der Einleitung desselben die Schuld tragen, auf ewige Zeiten zu brandmarken. Vorwiegende Schuld an diesen Zuständen trage der Justizminister. Redner führt an, wie Richter wegen ihrer Erkenntnisse in Sachen der Stellvertretungskosten befördert worden seien; die Schnelligkeit dieser Beschlüsse widerstreite dem öffentlichen Anstand. Den einzigen Halt für die persönliche Sicherheit bilde das Schwurgericht. In den Erkenntnissen des Disziplinarkollegiums, wo Mitglieder des Herrenhauses über Mitglieder dieses Hauses und deren Wähler zu Gericht sitzen, werden wir nie Rechtspflege achten; wir werden in ihnen nur Verfolgungen der einen politischen Partei durch die andere erblicken. Ich glaube, wir können hier das Wort Vinet's wiederholen: „Das Unrecht hat alle Scham verloren.“

Der Justizminister: Der Richter dürfe sich nicht durch die schwankende öffentliche Meinung leiten lassen, er müsse mit Charakterfestigkeit stets gegen Ausschreitungen das Gesetz zur Anwendung bringen. Dies und nichts Anderes habe er stets von Richtern verlangt; aber er müsse sich vorbehalten, bei Vorbringen zu Ernennungen auf solche Charakterfestigkeit zu sehen. Gegen den Vorwurf des bösen Willens müsse er den Richterstand verwahren. Was die Beförderungen, die ihm vorgeworfen, angehe, so müsse er sich gegen das Zusammenbringen der Beförderungen mit den Erkenntnissen in den Stellvertretungskosten verwehren; er habe auch einen Richter befördert, der gegen die Ansicht der Regierung erkannt. Abg. Graf Bethusy-Huc erwidert dem Präsidenten, den Ordnungsruf gefolgt, da der Abg. er habe keine Veranlassung zum Ordnungsruf gefunden, da der Abgeordnete Twisten nur Schäden habe aufdecken wollen, die in allen anderen Verwaltungszweigen in dieser Session schon aufgedeckt seien; er begreife nicht, weshalb die Justizverwaltung davon ausgenommen sein solle. Twisten habe in einzelnen Fällen mildere Ausdrücke wählen können, aber zu einem Widerruf sehe er keine Veranlassung.

Abg. Graf Eulenburg: Solche heftige Angriffe gegen unsere Institutionen erschüttern das Vertrauen im Lande. Die Rechtspflege erfordere besondere Rücksichten, wenn er auch im Allgemeinen nicht zu denen gehöre, welche Schäden zudecken wollten. Nicht einmal die Privatrechtspflege sei ausgenommen worden. Man habe ganz im Allgemeinen über unsere Gerichte den Stab gebrochen. Die Kritik der Anwendung der Gesetze gehöre nicht diesem Hause, sondern der Wissenschaft. Wenn nach einer Seite viele Beurtheilungen vorgekommen seien, so seien auch viele Ausschreitungen nach einer Seite vorgekommen. Die wegen einzelner Beförderungen gemachten Unterstellungen müsse er sehr bedauern. Der Vorwurf der Servilität sei unbegründet. Wenn man die Institutionen des Staats auf diese Weise untergrabe, so schade man dem Staat.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. v. Hennig und dem Schlussworte des Referenten, Abg. Krieger (Soldat), wurde der Antrag auf Streichung der Zulagen angenommen.

Berlin, 21. Mai. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Die vor einiger Zeit zwischen dem Zollverein und Belgien

eröffneten handelspolitischen Verhandlungen wegen Abschluß eines Handelsvertrages haben am 18. d. M. zu einer Verständigung geführt. Die Kontrahenten sichern sich die gegenseitige gleiche Behandlung mit der meistbegünstigten Nation zu. Belgien gewährt in Verbindung mit dem Tarif, der eben den Kammern vorgelegt werden soll, wertvolle Zollermäßigungen und der Zollverein Ermäßigungen, die demnächst allgemeine Geltung erhalten werden.

Berlin, 21. Mai. Dem Vernehmen nach ist zwischen Preußen und Oesterreich eine Vereinbarung getroffen über provisorische Marineeinrichtungen am Kieler Hafen. Gemäß dieser Vereinbarung steht es Preußen frei, zur einseitigen Unterbringung von Marinemannschaften und Schiffsmaterialien bei Friedrichsort und Holsenau Bauten auszuführen. Dabei soll aber ausdrücklich verabredet sein, daß durch diese provisorischen Einrichtungen der künftigen Entscheidung der Hasenangelegenheit nicht vorgegriffen werde. Zur Ausführung der projektierten Bauten wird sich demnächst der Baumeister König von der k. Marinewerft zu Danzig nach Friedrichsort begeben.

Wien, 18. Mai. (Fr. P.-Ztg.) Das preussische Mitglied der obersten Zivilbehörde in den Herzogthümern, diesmal Korrek, hat seinen österreichischen Amtsgenossen amtlich von der Absicht seiner Regierung, in Holsenau (wo der Eiderkanal in den Kieler Hafen mündet) verschiedene Bauten zu Zwecken der Seebefahrung auszuführen, verständigt und dessen Zustimmung dazu nachgesucht. Der Gegenstand ist, wie wir hören, Hrn. v. Halbhuter wichtig genug erschienen, um ihn nicht sofort nach eigenem Ermessen zu erledigen, sondern die Entscheidung der Regierung in Wien anheimzustellen. Ob er von hier aus bereits ermächtigt worden, die Inangriffnahme jener Bauten zuzulassen, ist mir nicht bekannt; jedenfalls aber wird die Ermächtigung Sorge getragen haben oder tragen, daß den projektierten Arbeiten strengstens der Charakter des Provisorischen gewahrt bleibe. — Von der in deutschen Blättern behaupteten Existenz einer Kommission im auswärtigen Ministerium, welche bereits beschäftigt sei, mit dem preussischen Gesandten Frhrn. v. Werther die den Schleswig-holsteinischen Ständen zu unterbreitenden Vorlagen festzustellen und auszuarbeiten, ist mir nichts bekannt. Vor der Hand wird man genug zu thun haben, überhaupt nur erst die Stände zusammenzubringen.

Wien, 18. Mai. (A. Z.) Unter großer Aufregung in und außer dem Hause begann heute die parlamentarische Schlacht um den Handelsvertrag. Die Agitation der Schutzvölker hat den höchsten Grad erreicht; die österreichische Industrie, welche zur Zeit der Londoner Ausstellung den Kampf mit der ganzen Welt aufnehmen zu wollen schien, wird jetzt als so hilflos dargestellt, wie ein neugeborenes Kind. Es regnet Petitionen; die Fabrikanten behaupten, unmittelbar nach der Annahme des Vertrags die Arbeit einstellen zu müssen; zum Glück erinnert man sich, daß nach dem Februar-Vertrag genau dieselbe Sprache geführt wurde. Inzwischen dürfte die Partei sich schon vor dem Beginn der Verhandlung eines parlamentarischen Erfolgs rühmen: Abg. Herbst, welcher im Ausschuss für die Annahme gestimmt hat, ließ sich im Hause gegen dieselbe als Redner eintragen.

Berichterstatter Preissel verliest den Majoritätsbericht und hebt hervor, daß die Zugeständnisse von Seiten des Zollvereins allerdings den begründeten Ansprüchen Oesterreichs nicht entsprächen, daß es aber eine Folge der auswärtigen Politik des Grafen Rechberg sei, wenn Oesterreich sich damit zufrieden geben müsse, jener Politik, welche uns die natürlichen Bundesgenossen, die Mittelstaaten, entfremdet und sie ungeneigt mache, uns in handelspolitischer Beziehung Opfer zu bringen. (Lebhafte Zustimmung.)

Stene nimmt für die Minorität das Wort. Vertäge lassen sich jeden Augenblick schließen; aber wenn die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes gestört sei, bedürfe es der Jahre, um die begangenen Fehler wieder gut zu machen. Die Frage zwischen Freihandel und Schutz Zoll sei wissenschaftlich noch nicht abgeschlossen. Er protestirt gegen die Scheidung von Produzenten und Konsumenten und gegen den aufgestellten Gegensatz zwischen Landwirtschaft und Industrie. Nicht darauf komme es an, wie billig der Landwirth einlaufe, sondern wie hoch er verkaufe. Werde der Gewerbetreibende im Innern gestört, so können vielleicht auswärtige Artikel ein wenig billiger gekauft, aber auch die Produkte des Landes müssen zu sehr niedrigen Preisen verkauft werden. Die Gegenwart lehre, daß unter der Störung der Gewerbetätigkeit des Inlandes gerade diejenigen Provinzen am meisten leiden, welche von den Zentralpunkten der Industrie fern liegen, und die östlichen Länder würden es am tiefsten empfinden, wenn auch die westlichen gendigt würden, die Industrie mit dem Ackerbau zu vertauschen und die günstigeren Absatzmöglichkeiten zu benützen. Die todtliegenden agrarischen Schätze, von welchen Hoß gesprochen, würden nur durch den innern Gewerbefleiß gehoben, nicht durch auswärtigen Handel. Wo die großen Getreidevorräthe liegen sollen, wisse er nicht. Ueberdies sei der Lebensfuß an Bodenprodukten, welchen ein Land an ein anderes abgeben könne, bekanntlich sehr gering; in Oesterreich habe er 1863 15¹⁰ Mill. Gulden betragen, und davon kämen nur 7¹⁰ auf Getreide, das Uebrige auf Desfrüchte etc. Er bedauere, daß der bureaukratische Standpunkt noch immer den volkswirtschaftlichen überwiege. Das Minoritätsvotum wird schwach unterstützt.

Winterstein beantragt die Vertagung der Verhandlung bis zur Vorlage des allgemeinen, am 1. Juli interimistisch eintretenden Zolltarifs zur verfassungsmäßigen Behandlung. Im Ausschuss habe er allerdings mit der Majorität gestimmt, aber unter dem Vorbehalt freier Aktion im Hause. Zur Rechtfertigung seines Antrags weist er auf eine Zeitungsnotiz hin, daß eine Vorlage über den neuen Zwischentarif bereit sei, und auf die Aeußerung des Febr. v. Kalsberg, daß eine Verlängerung des Verhandlungstermins möglich sei durch interimistische Herabsetzung der im Vertrag niedriger angelegten Zölle. Wenn nicht das unerläßliche Material geliefert werde, müsse er entweder gar nicht oder gegen den Vertrag stimmen. Den Abgeordneten könne nicht zugemutet werden, die Berechnungen behufs der Beurteilung selbst anzustellen. Uebrigens soll auch in Berlin der Vertrag erst in nächster Woche zu Verhandlung kommen, obgleich der 23. d. M. der Ratifikationsfrist ist. In zwei Tagen könne die Regierung das Versäumte nachholen, in wenigen Tagen könne der Ausschuss die Vorlage bearbeiten und einen neuen Bericht vorgelegt haben. Der Antrag wird unterschützt.

So d wendet dagegen ein, daß sich in diesem Augenblick gar nicht bestimmen lasse, welcher Tarif interimistisch eintreten werde; es hänge das eben vom Votum des Hauses über den Handelsvertrag ab. Wenn das Haus dem Vertrag seine Zustimmung, so würden die Außenzölle unverändert bleiben, die Zwischenzölle aber theilweis erhöht werden. Beide Tarife seien allerdings ausgearbeitet, und könnten innerhalb einiger Tage zur Vorlage kommen; doch sehe er nicht ein, weshalb die Verhandlung über den Vertrag von der Mittheilung des Tarifs abhängig gemacht werden sollte.

Stumm er spricht sich für den Antrag Winterstein's aus. Die Einwendungen Hod's brähten ihn auf die Vermuthung, daß die Regierung das Haus nicht vollständig instruiren wolle, denn es hindere sie nichts, beide Tarife vorzulegen.

Was er findet, daß Vortheile nur an Nebenbedingungen des Vertrags gerührt würden, und daß die Vertheidiger schließlich nur sagten: zwischen zwei Uebeln müsse man das kleinere wählen. Noch bestrebe das Gesetz, daß eine Veränderung des Tarifs nur nach vorhergegangener Betragung der Handels- und Gewerbekammern eintreten dürfe; daran halte er sich, und werde, wenn er zur Abstimmung gedrängt werde, gegen den Vertrag stimmen. Den Schmuggel fürchte er weniger, als die Konkurrenzstaaten im Verein mit Frankreich und England; Oesterreich sei noch nicht reif, mit diesen zu konkurriren. Oesterreich könne eine eigene Handelspolitik befolgen. Kein Land gebe den Schutz der Arbeit auf, bevor diese erstarkt sei, und die Länder, welche das nicht beherzigten, verarmten: Spanien und Portugal. Es fehle hier fast alle Bedingungen für den Freihandel. Gegen die Klagen der Industrie würden immer die Stöße der Wissenschaft angeführt, z. B. der, daß jeder Schutz der Industrie eine Steuer sei; dabei werde nur vergessen, daß mit Ausnahme der Müßiggänger jeder Mensch zugleich Produzent und Konsument sei. Wichtige Schutzzölle seien keine Rückkehr zu verrotteten Systemen, er halte mit Lust die bürgerliche Freiheit durch eine blühende Industrie bedingt. Die Landwirthe mahnte er, daß Landwirtschaft nur mit Industrie Hand in Hand emporkomme, daß der inländische Markt ein sicherer und dankbarer sei. Die Eisenindustrie Steiermarks und Kärntens, sage man, sei verloren mit oder ohne Handelsvertrag. Aber für beide Länder sei diese Industrie eine Lebensfrage; ihre Ruin mache Tausende von wohlhabenden Steuerzahlern zu verschuldeten Besitzern, und gerade in diesem Moment, wo Alles aufgegeben werde für die bessere Stahlindustrie, für die Bleierzzeugung zc., werde eine solche Krisis um so verhängnisvoller werden. Die Verringerung sei auf dem bisherigen Weg nicht erreicht worden, vielleicht liege sie in ferner Zukunft; für ihn sei auch hier sein politisches Programm maßgebend: ein einiges, freies, sich selbst vertrauendes Oesterreich, und daher stimme er gegen die Annahme.

Diesem Redner, welcher unter lebhaftem Beifall sprach, folgte zunächst Schindler, ebenfalls als Redner gegen den Vertrag.

Wien, 20. Mai. Es dürfte bedeutend verfrüht sein, wenn ein neuer Antrag der Mittelstaaten, diesmal auf die Zulassung eines hollsteinischen Bunde-tags-Gesandten gerichtet, bereits in nächste Aussicht gestellt wird. Allerdings unterliegt es keinem Zweifel, daß die Mittelstaaten, nachdem ihre „vertrauensvolle Erwartung“, daß der Herzog von Augustenburg nunmehr in den Besitz der Herzogthümer zu eigener Verwaltung werde eingewiesen werden, sich nicht erfüllt hat, sich nicht dabei zu beruhigen gedenken, einen Schlag ins Wasser gethan zu haben, und daß ihr nächster Antrag nicht bloß einen Schritt, sondern einen starken Schritt weiter gehen wird. Aber wenn auch über die Eventualität einer fernern Aktion am Bunde und über die Modalitäten derselben schon jetzt einleitende Verhandlungen gepflogen werden mögen, um zu geeigneter Zeit diese Aktion sofort in Szene setzen zu können, so sind die betreffenden Regierungen doch praktisch genug, um zuvor das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Wien und Berlin abzuwarten und erst dann — dann aber auch mit der Gewißheit, der Unterstützung Oesterreichs nicht zu entbehren — in die Aktion einzutreten, wenn die Stände der Herzogthümer entweder gar nicht oder doch nur unter Bedingungen und Beschränkungen einberufen werden sollten, welche ihr Votum nicht mehr als den freien und ungefälschten Ausdruck der Stimmung des Landes erscheinen lassen würden, und wir möchten glauben, daß in dieser Richtung bereits bestimmte Auseinandersetzungen und zwar zu beiderseitiger Befriedigung zwischen Wien und den mittelstaatlichen Höfen stattgefunden haben. Uebrigens ist die Lage der Verhandlungen zwischen Wien und Berlin zur Zeit jedenfalls eine höchst eigenthümliche, wenn man erwägt, daß Preußen jetzt seinen eigenen Vorschlag (die vereinigten Stände mit dem 1848er Wahlgesetz) eben so lebhaft bekämpft, als Oesterreich ihn befürwortet, und daß umgekehrt Oesterreich den feindlichen (die getrennten Stände der Verfassung von 1854) eben so vollständig hat fallen lassen, als Preußen ihn mit Eifer sich aneignet.

Wien, 20. Mai. Die „Zeff. Post-Ztg.“ läßt sich telegraphiren: Hr. Vegezzi hat die Weiterführung der Verhandlungen mit dem Papste abgelehnt; statt seiner hat sich Graf Revel nach Rom begeben.

Italien.

Turin, 16. Mai. Heute wurde das Parlament geschlossen. Schlag 2 Uhr Mittags eröffnete der Präsident Cassinis die letzte Sitzung im Pallast Carignan. Von den etwa 442 Deputirten, welche bei der Eröffnung des Parla-

ments am 18. Febr. 1861 fast vollzählig gewesen, um die Thronrede Victor Emanuel's anzuhören, waren heute nur fünf anwesend. Während der Abg. Sigliucci das Protokoll der letzten Sitzung las, traten noch einzelne Abgeordnete ein, und es fanden sich schließlich etwa zwanzig versammelt. Es erhob sich der Abg. Siccoli, und beantragte, daß, in Anbetracht der schwierigen Lage des Landes, der Präsident „nach dem Beispiel der preußischen Kammer“ eine Kommission von neun Mitgliedern ernenne, um die Exekutivgewalt während des parlamentarischen Interregnums zu überwachen. Minister Lanza: Ich verlange das Wort. Präsident: Der Minister des Innern hat das Wort. Lanza: Ich habe die Ehre, nachfolgendes k. Dekret zu verlesen. Er verlas das Prorogationsdekret. Präsident: Wir können also diese Sitzung als die letzte der Kammer betrachten. Unser letztes Wort soll sein: „Gott erhalte den König, Gott schütze Italien!“ Zwei Uhr 20 Minuten; die Kammer ist geschlossen.

Turin, 18. Mai. Man schreibt dem „Schw. Merk.“: Der preußische Gesandte v. Uebe dom unterhandelt gegenwärtig eifrig über einen Handelsvertrag zwischen Italien und Preußen, bezw. dem deutschen Zollverein. Der Vertrag dürfte noch vor Anfang Juni zur Unterzeichnung kommen.

Turin, 19. Mai. Die „Turin. Ztg.“ widerlegt das Gerücht, daß der Graf Revel mit einer Mission betraut sei. Der Graf von Revel habe sich in Familienangelegenheiten nach Rom begeben.

Turin, 22. Mai. (W. L. B.) Die Anleihe-Subskription in Italien beträgt 86 Millionen Rente; Turin hat allein 45 Millionen unterzeichnet.

Frankreich.

Paris, 20. Mai. Der „Moniteur“ gibt heute eine kurze Beschreibung der Festlichkeiten von Ajaccio. Das offizielle Blatt spricht von der Ankunft des Prinzen Napoleon, von der tiefen Bewegung, die sich bei Enthüllung des Denkmals auf seinem Antlitz ausgeprägt hat zc., erwähnt aber mit keinem Wort der Rede, welche er gehalten, so daß, wer nur aus dem „Moniteur“ sich von den Ereignissen unterrichten wollte, nicht einmal wüßte, daß der Prinz bei dieser Veranlassung nur ein Wort gesprochen.

Der „Constitutionnel“ hat im Ganzen vier Stellen der Rede des Prinzen ausgelassen, die nun gerade deshalb von den übrigen Blättern um so eifriger zitiert und besonders nachdrücklich hervorgehoben werden. Die erste Stelle enthält eine allerdings respektable, allein immerhin scharfe Kritik der Vermählung Napoleons I. mit einer österröischen Erzherzogin und schließt mit einem direkten Ausfall gegen Oesterreich. Sie lautet:

Es war dies der Gipfelpunkt seiner (Napoleon's I.) Macht, die Zeit seiner Vermählung mit einer österröischen Prinzessin, die ihm einen Sohn schenkt, aber ihre neuen Pflichten nicht begriff, die mit seinem Glück von ihm weicht, und ihn eine, unsern Traditionen seit Heinrich IV. und Richelieu, unsern Interessen und Leidenschaften, weil dem französischen Nationalgeist selber widersprechende Allianz aufsuchen veranlaßt. Niemals wird eine Allianz mit Oesterreich in der Politik Frankreichs liegen.

Die zweite Stelle rechtfertigt den Verkauf Louisiana's an die Vereinigten Staaten und feiert die amerikanische Demokratie, wie sie sich sowohl in der Verfassung als auch in der Monroe'schen Doktrin kund gibt, in einer Weise, welche von Seiten des Prinzen kein großes Gefallen an der mericanischen Intervention, noch viel weniger aber irgend eine Sympathie für den Ausfall der Südstaaten verräth.

Lassen wir uns — sagt er — durch die trügerischen Argumente nicht hinführen, welche eine von dem Recht, der Vernunft, den Interessen gleich sehr verdamnte Empörung in einem andern Licht erscheinen lassen möchten. Denn diese Empörung war, obgleich mit Muth verfochten, eine im Namen der Sklaverei von einigen Tausenden grundherlicher Aristokraten verfochten und völlig ungerechtfertigte Auflehnung gegen die freimüthigste und von der Regierungsgewalt am heiligsten gehaltene Verfassung, die es auf der Welt gibt.

In der dritten Stelle bespricht der Prinz die Streitigkeiten, die Napoleon I. mit der römischen Kurie hatte, und knüpft daran nachstehende Betrachtung über die weltliche Herrschaft des Papstes.

Sieht man nicht — ruft der Redner aus —, daß es Angefichts aller dieser durch das weltliche Besitzthum des Papstes hervorgerufenen Kämpfe heutzutage allen Anhängern der Freiheit und des Geistes der Neuzeit kaum zu thun sein muß, diese letzte Burg des Mittelalters zu erklimmen? In den Händen des Papstes ist und bleibt Rom der Herd der Reaktion gegen Frankreich, Italien und die bürgerliche Gesellschaft überhaupt. Das sind wahrlich seltsame Katholiken, welche die Zukunft der Religion von einer durch Gewalt in Rom aufrecht erhaltenen weltlichen Macht abhängig machen wollen. Ich kenne keine für den Katholizismus gefährlichere, verlegendere, demüthigendere Auffassung. Wäre es wahr, daß die Religion nur auf der Gewalt beruhen könnte, so müßte die Seele nicht allein der Katholiken, sondern auch aller aufrichtig religiöser Menschen in tiefe Trauer sich einhüllen.

Die vierte Stelle, welche in den offiziellen Blättern ausgelassen ist, bezieht sich auf die Pressefreiheit, der, nach den Ausführungen des Prinzen zu schließen, Napoleon I. ganz besonders — im Jahr 1815 — zugethan gewesen wäre. Er sagt u. A.:

In einer Staatsraths-Sitzung antwortete Napoleon (I) Denjenigen, welche die Pressefreiheit einschränken wollten: „Wahrscheinlich wollen Sie nur für sich diese Freiheit verbieten oder verkümmern; denn mich betrifft von jetzt an dies Alles nicht mehr. Die Presse hat während meiner Abwesenheit sich gegen mich völlig erschöpft, und ich fordere sie jetzt auf, noch irgend etwas Neues gegen mich vorzubringen.“ Eine feine Anspielung — sagt der Prinz hinzu — auf alle diese untergeordneten Beamten, die so eifrig bemüht sind, die Regierung gegen den geringsten Angriff sicher zu stellen, die aber in ihrer falschen Anhänglichkeit und ihren selbstsüchtigen Liebetreibungen nur nach einem Mittel suchen, um dem Publikum und dem Herrscher ihre Unzulänglichkeit und ihre Fehler zu verheimlichen.

Bereits in der gestrigen Senatssitzung erkönte ein Alarm-

ruf. Es war wiederum Marquis Boissy, der, auf einer seiner gewöhnlichen parlamentarischen Irrfahrten, plötzlich folgende Aeußerung that:

Also (der eble Marquis sprach gegen allzu große Begünstigung, die den Ausländern, namentlich den polnischen Flüchtlingen in Frankreich zu Theil werde), also große, große Gastfreundschaft für alle Fremdlinge, selbst für die Polen, die ich manchmal als Revolutionäre angegriffen habe, wenn sie gleich der kläglichen, antireligiösen, revolutionären Rede Beifall zollen werden, die uns heute Morgen in Bewegung gesetzt hat, und über die hoffentlich die Regierung uns Erklärungen zu geben gerufen wird. Der Prinz, der sie gehalten, ist der Beauftragte und Stellvertreter des Kaisers. Der Senat und das Land müssen wissen, ob er in seinem persönlichen Namen oder im Namen der Regierung gesprochen, ob die Erklärungen der Regierung in Gortica außer Kraft gesetzt werden dürfen, oder ob die Regierung öffentlich diese revolutionäre Theorie desavouirt, die so eben proklamirt worden ist, und die, wenn hingenommen, nichts Geringeres wäre, als die von der Hand eines Prinzen des Kaiser. Hauses aufgepflanzte Fahne der Empörung und des Bürgerkriegs. (Unruhe.)

Präsident: Zur Frage, Hr. v. Boissy.

Boissy: Ich bin in der Frage, Hr. Präsident. Ich habe Nichts mehr zu sagen, da ich Alles, was ich gewollt, gesagt habe. (Allgemeine Geisterthat.)

Daß die Presse sich in Lob und Tadel lebhaft mit der Rede des Prinzen beschäftigt, braucht kaum besonders erwähnt zu werden.

Die Blätter enthalten folgendes Telegramm aus Dran vom 19. Mai, 8 Uhr Morgens: „Bestern ging der Kaiser in's Theater. Die Bevölkerung zeigt immer denselben Enthufiasmus. Diesen Morgen reist Se. Majestät nach Saint-Denis-du-Sig ab, wird aber Abends wieder in Dran zurück sein. Die Gesundheit des Kaisers ist vortreflich.“

Mit jedem Tage ergeht in der französischen Presse eine dringlichere Mahnung an die Regierung, der militärischen Intervention in Mexiko so schnell als möglich ein Ende zu machen. Jedermann schaut mit besorgtem Blick nach dem Gewitter, das von Norden heranzieht, und möchte gern, so lange es sich noch mit nationalen und militärischen Ehren Frankreichs verträgt, das Expeditionsheer zur Heimkehr eingeschifft wissen. — Rente 67.15, Cred. mob. 755, ital. Anl. 65.10.

Paris, 20. Mai. (Köln. Ztg.) Die Broschüre Perigny's ist heute erschienen, und es wird Niemand übersehen, daß der Verfasser zu unpraktischen Schlussfolgerungen gelangt. Wohl aber enthält die Schrift Aufstellungen, die bei den bekannten Gesinnungen dieses Staatsmannes aufzufallen müssen. Zunächst erfahren wir aus seinem Munde, „daß der Papst das willenslose Werkzeug einer Partei sei, welche den heil. Vater nur aus dem Grunde zu beherrschen suche, um Frankreich zu Grunde zu richten“. Diese Partei beanspruche zuvörderst, den französischen Klerus unter sein Joch zu beugen, um dann das Jahrhundert alte Werk der französischen Revolution unzuführten. Wie gefährlich diese Partei Hrn. v. Perigny erscheint, geht aus folgender Aeußerung hervor: „Niemand wird sich über die Ohnmacht des Papstes wundern; denn wenn eine Partei, welche alle Interessen und Vorurtheile einer vergangenen Zeit repräsentirt, alle Stellungen einnimmt, alle Zugänge zur Gewalt inne hat, und alle öffentlichen Körperlichkeiten beherrscht, so kann kein Fürst der Welt gegen den Strom der Leidenschaften ankämpfen.“ In Rom beschuldigt man Frankreich allein. Dieses allein habe Italien frei gemacht, obgleich Oesterreichs Entfernung aus den Legationen die alleinige Ursache des ersten Verlustes gewesen, den das Papstthum erfahren hat. Die römischen Staatsmänner und Politiker entbehren jedes praktischen Sinnes, und es lasse sich gar nicht von Geschäften mit ihnen sprechen. „Was auch sonst ihr Geist, der Reiz ihrer Unterhaltung und die Vorzüge sein mögen, die Mehrere von ihnen auszeichnen, so fühlt man doch, daß Leidenschaft, Unwissenheit und Vorurtheile einen Schleier zwischen ihnen und der wirklichen Welt aufgezogen haben.“ Hr. v. Perigny ist überzeugt, daß die Italiener den Werth der Allianz mit Frankreich vollkommen würdigen. Sie werden daher den Vertrag vom 15. September nach seinem Wortlaut und nach seinem Geist vollziehen, und der Verfasser ist gewiß, daß sie schon jetzt auf Rom verjagt haben, mit Ausnahme einer einzigen Hoffnung. Diese Hoffnung ist die, daß die päpstliche Regierung sich als unfähig erweisen werde, Rom und die päpstlichen Staaten zu organisiren, und daß diese Unfähigkeit Frankreich bestimmen werde, dieses unmögliche Werk aufzugeben. Perigny glaubt, daß ein Verlust der päpstlichen Staaten die Erhaltung der zeitlichen Gewalt leichter mache. Dieser Verlust allein ermögliche diese Erhaltung und zugleich die Sicherung der Einheit Italiens. Aber so ganz allein gehe die Sache doch nicht und man dürfe sich über die Lage Roms keine Täuschung machen: „Diese ist eine solche, daß, wenn unsere Truppen morgen den Kirchenstaat räumten, die Revolution noch am selbigen Tage daselbst ausbrechen würde. Die gesammte Bevölkerung, der Adel, das Bürgerthum, das Volk erhöhe sich wie ein Mann, um der päpstlichen Regierung ein Ende zu machen. In dieser seit lange in den Geisern beschlossenen und in ihren Einzelheiten vorher festgesetzten Umwälzung wird man weder Erneuten, noch Störungen, noch Unruhen sehen, denn es gäbe keinen Widerstand.“ Die Lösung des Hrn. v. Perigny ist die, daß Rom dem Papst gehören sollte, aber seine Einwohner Italiener sein dürfen. Die päpstlichen Staatsmänner wären nicht gegen eine solche Lösung, aber sie ständen selbst unter dem Einfluß der oben geschilderten Partei. Diese wird ihren Zweck nicht erreichen. Denn selbst wenn der Papst Rom verlasse, würde man die Dinge in Rom in der von Perigny vorgeschlagenen Weise organisiren.

Diese Broschüre tritt vor dem Aufsehen der Rede des Prinzen Napoleon in den Hintergrund. Noch mehr, als die Rede selber wird der Umstand bemerkt, daß der „Moniteur“ nicht nur dieselbe nicht abbrückt, sondern nicht einmal Erwähnung davon macht. Die Kaiserin soll erklärt haben, „daß sie diese Rede als ein Unglück für die Dynastie halte.“

Man erzählt hier, dem Kaiser Maximilian seien zwei Dolchstiche versetzt worden, er sei jedoch nicht lebensgefährlich verwundet. Es sollen neuerdings französische Regimenter nach Mexiko geschickt werden. — Der Gesetzesvorschlag bezüglich der Veräußerung der Staatswaldungen ist von der Regierung wohlwollend zurückgenommen worden.

Paris, 22. Mai. (W. L. B.) Der „Abendmoniteur“ veröffentlicht Nachrichten aus Amerika. Ihnen zufolge wird der neue Vertreter Frankreichs in Washington ohne Zweifel die Besorgnisse zerstreuen, welche aus Gerüchten über die Manöver der mexikanischen Rebellenagenten in der Union entspringen. Die „Patrie“ will wissen, die Regierung werde nöthigenfalls energische Maßregeln ergreifen gegen einen Einfall von amerikanischen Freiwilligen in Mexiko; Frankreich dürfe seinen Angriff von Abenteurern auf ein von Franzosen besetztes Land; der neue Stationskommandant der amerikanischen Ostküsten, der nach des Kaisers Rückkehr abreise, werde instruiert werden, Unternehmungen etwaiger Nachfolger von Lopez und Walker nach dem Völkervertrag zu behandeln. — Der Kaiser ist gesund; man kündigt seine Rückkehr nach Toulon auf das Ende dieses Monats an.

Spanien.

* **Madrid, 20. Mai.** Die „Epoca“ sagt, die Regierung warte das Resultat der zwischen Rom und Italien angeknüpften Unterhandlungen ab, um sich zu entscheiden, ob sie das Königreich Italien anerkennen könne oder nicht.

* Nachrichten, die der „Correspondencia“ mit der Post von Havannah zugehen, melden, daß der Austausch der Gefangenen auf San Domingo begonnen hat und daß bereits 169 Soldaten und 7 Offiziere in Freiheit gesetzt worden waren. Die Soldaten befanden sich in so traurigem Zustand, daß bei ihrer Ankunft in Puerto-Plata ihrer 90 in's Hospital aufgenommen werden mußten.

Belgien.

Brüssel, 20. Mai. Der König von Preußen hat den in Nachen zur Begrüßung erschienenen Vertreter des Königs der Belgier, dem Generalleutnant Fleury Duraux, den Rothen-Adler-Orden erster und dem Gouverneur der Provinz Lüttich, v. Luesemanns, den Rothen-Adler-Orden 2. Kl. verliehen.

Niederlande.

Haag, 20. Mai. Der König von Preußen hat den zu den Freiheitskriegen in der Rheinprovinz erkrankten niederländischen Bevollmächtigten folgende Dekorationen verliehen: Dem Gouverneur von Limburg, Vandervoort, den Kronenorden 1. Kl. in Diamanten, dem General Knoop die 2. Klasse desselben Ordens mit dem Stern, dem Grafen des états, Levens, sowie dem Adjutanten Deman den Kronenorden 3. Klasse.

Dänemark.

Kopenhagen, 16. Mai. Die „Flyvepost“ erzählt, daß die Prinzessin Dagmar auf dem Schlosse Klampenborg eine Einladung des Kaisers Alexander zu einem Besuche in Petersburg erhielt und annahm; die Abreise der Prinzessin von hier wird alsbald erfolgen.

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 19. Mai. (W. Bl.) Ein Bericht des Finanzministers an das Ministerium stellt das Defizit für das vergangene Jahr mit 28 Millionen, für das laufende Jahr mit 21 Millionen heraus.

Levantepost.

Athen, 13. Mai. Der König ist am 8. d. M. zurückgekehrt. Vorgefunden fand vier Stunden von Athen entfernt ein hartnäckiges Gefecht zwischen der Bande des Nikos und Truppen statt; erstere entkam. Fürst Gregor Ypsilanti ist in Nauplia als Kandidat aufgetreten.

Konstantinopel, 13. Mai. Der Sultan machte den Katholiken ein großes Grundstück für einen Kirchhof zum Geschenk. Kurischid Pascha wurde zum Finanzminister ernannt.

Großbritannien.

* **London, 20. Mai.** Den Zoll- und Hafensäckern ist folgendes, an die Vorkommissionen gerichtete Schreiben Carl Russell's zur Nachachtung mitgetheilt worden:

Auswärtiges Amt, 11. Mai 1865.

Mylords! Ich habe die Ehre, Ew. Vorkommen in Kenntnis zu setzen, daß bei dem gegenwärtigen Stand des Bürgerkriegs in Amerika und der Ungewißheit, welche man in Bezug auf seine Fortdauer hegen kann, Ihrer Maj. Regierung der Zeitpunkt gekommen zu sein scheint, die in Gemäßheit meines Schreibens vom 31. Jan. 1862 von den verschiedenen Departements der Regierung Ihrer Maj. ausgegangenen Befehle, so weit sie die Beförderung irgend eines Ihrer Maj. gehörigen Hafens im Vereinigten Königreich oder in den Kanalfelsen oder in irgend einer der Kolonien oder in den auswärtigen Besitzungen und Dependenten Ihrer Maj. ermächtigen, von einem kriegs- oder kapersüchtigen Schiff eines der kriegsführenden Theile, das um Lebensmittel oder zum Unterhalt der Mannschaft notwendige Gegenstände einzunehmen oder um Reparaturen vorzunehmen, in einen Hafen, eine Rhede oder irgend ein unter Ihrer Maj. stehendes Gewässer einlaufen sollte, zu verlangen, daß es so bald wie möglich nach Verlauf von 24 Stunden wieder in See gehen, ohne ihm zu erlauben, mehr als für den unmittelbaren Bedarf erforderliche Vorräthe einzunehmen, und nicht zu bilden, daß irgend ein derartiges Fahrzeug, welchem gestattet worden, behufs Reparaturen in britischem Gewässer zu verweilen, länger als 24 Stunden nach Vollendung der nöthigen Reparaturen in einem Hafen, auf einer Rhede oder irgend einem Ihrer Maj. gehörigen Gewässer verbleibe; und ferner jene selben Befehle, so weit die Quantität von Kohlen und die Fracht, binnen der die Kohlen beschafft werden dürfen, um an Bord irgend eines derartigen kriegs- oder kapersüchtigen Schiffes eines der kriegsführenden Theile zu werden, weiterhin nicht mehr in Anwendung zu bringen. Ich habe ein gleiches Schreiben an die Staatssekretäre der Departements des Innern,

der Kolonien, des Krieges und Indiens und an die Vorkommissionen der Admiralität gerichtet. Ich bin &c.

Russell.

Die Königin hat gestern Abend kurz vor 7 Uhr von Windsor aus die Reise nach Balmoral angetreten, wo sie bis zum 11. oder 12. Juni verweilen wird. — Das russische Geschwader, welches die Leiche des Großfürsten Thronfolgers nach Rußland bringt, ist gestern von Plymouth, wo es angehalten hatte, nach St. Petersburg abgesegelt.

Amerika.

* **Neu-York, 6. Mai.** Der Protest, welchen Georg Sanders und Beverley Tucker gegen die Proklamation des Präsidenten Johnson eingelegt haben, ist in sehr starken Ausdrücken abgefaßt; er beginnt mit den Worten:

Eure Proklamation ist eine leibhaftige brennende Lüge, euch und eurer ganzen Umgebung als solche bekannt, — und alle zum Meißel käuflichen Schurken in der Christenheit sollen uns nicht abschrecken, vor der zivilisierten Welt euer höllisches Komplott zur Ermordung unseres christlichen Präsidenten zu enthüllen. Wir sehen Ehrenmänner in vielen eurer hervorragendsten Generale, und wir glauben nicht, daß selbst ihre Verbindung mit euch sie so herabwürdigt habe, daß sie einem offenen Feind, gegen den man so schwere Anklagen schleudert, Gerechtigkeit verschaffen sollten. Die Schreiber des Briefes fordern weiterhin den Präsidenten Johnson auf, aus 25 mit Namen angeführten Generalen 9 auszuwählen, die in dem Fort Kouss's Point ein Kriegsgericht zusammensetzen sollten, um die Anklage zu untersuchen. Den Zeugen und, im Fall der Freisprechung den beiden unterzeichneten Angeklagten, solle freies Geleit und Schutz vor den Erbsen des Böbels zugesagt werden. . . Zum Schluß erklären sie, mit Booth oder dessen angeblichen Freigelassenen niemals bekannt gewesen zu sein.

In Betreff des wegen seiner Scheußlichkeit kaum glaublichen Anschlages, den ein gewisser Dr. Blackburn gegen die Bevölkerung des Nordens geschmiebelt haben soll, findet sich in Neu-Yorker Blättern noch folgende ausführlichere Angabe: „Zeitungen von den Bermudas-Inseln enthalten lange Berichte über die gerichtliche Untersuchung, welche jetzt in St. Georges gegen Dr. Blackburn geführt wird, der des Verjuchts angeklagt ist, nach Neu-York, Philadelphia und andern Städten des Nordens das gelbe Fieber zu verbreiten. Blackburn besuchte Bermuda unter dem Vorwande einer philanthropischen Mission, die auf das gelbe Fieber Bezug habe. Es ist bewiesen, daß er Bettzeug und Kleidungsstücke, die von Fieberkranken benutzt worden, gesammelt, neue Kleidungsstücke angekauft und mit dem Krankheitsstoff infizirt, in Koffer verpackt und letztere Leuten mit der Anweisung übergeben hat, sie im Frühjahr nach Neu-York zu senden. Einer der Zeugen sagte aus, Blackburn habe sich als konföderirten Agenten dargestellt, dessen Mission die Vernichtung der Volksmasse des Nordens sei. Es wurde fernerhin dargelegt, daß mehrere zu den Agenten der konföderirten Staaten in Beziehung stehende Personen Kenntnis von den Thatfachen gehabt haben. Der Koffer sollen zehn gewesen sein; drei sind aufgefunden worden und auf Befehl der Sanitätspolizei in die Erde vergraben worden. Blackburn ist wohlbekannt als ein fanatischer Rebel.“

Das Antwortschreiben des Hrn. Seward (datirt vom 25. Febr. d. J.) auf den von dem republikanisch-amerikanischen Senat, Senator Matthias Romero, eingelegten Protest gegen die Abtretung mexikanischer Gebiete an Frankreich lautet wie folgt:

Sir! Ich habe die Ehre, mich zum Empfang Ihrer Mittheilung vom 6. d. zu bekennen, in welcher Sie, in Ihrer Eigenschaft eines bei der Regierung der Vereinigten Staaten akkreditirten außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers der Vereinigten Staaten, in der förmlichsten, kräftigsten und feierlichsten Weise Protest einlegen gegen irgend eine Seitens des Ex-Königs Ferdinand Maximilian von Mexiko im Namen Mexiko's an den Kaiser der Franzosen schon gemachte oder noch zu machende Uebertragung oder Abtretung, durch welche er mexikanisches Gebiet veräußert oder hypothekirt oder in irgend einer Weise die Verantwortlichkeit der mexikanischen Republik kompromittirt. Zu diesem Schritt fühlen Sie sich unter den in Ihrer Note des weitern angeführten Umständen bewegen, da Sie dafür halten, daß er mit Ihren heiligsten Pflichten als Vertreter von Mexiko im Einklang stehe. Es macht mir Freude, Ihnen in Erwiderung mitzutheilen, daß der erwähnte Protest in den Archiven dieses Ministeriums niedergelegt werden wird, damit er dort verbleibe als ein Zeugnis für Ihr Verfahren in gedachter Angelegenheit, als ein neuer Beweis Ihrer eifrigen und patriotischen Pflichterfüllung als Ministers für Mexiko in den Vereinigten Staaten und zu solch weiteren Zwecken und Verwendungen, wie zukünftige Begebenheiten sie etwa erfordern sollten. Ich benütze die Gelegenheit, Ihnen den Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung zu wiederholen. — William S. Seward.

* **Neu-York, 11. Mai. (Per „Africa“)** Hr. Johnson hat eine Proklamation veröffentlicht, in welcher er erklärt, daß der Zutritt zu den unionistischen Häfen den kriegssüchtigen Nationen verweigert werden wird, die fortfahren werden, in ihren Häfen die Kreuzer der Empörer aufzunehmen. Der Militärprozess der Verschwörer und Mörder des Hrn. Lincoln wird bei verschlossenen Thüren fortgesetzt. Die Unterherrschaften zu den sieben Pränzipalen der Auleje sind unangeheuer. Hr. v. Monteholom ist in Washington angelangt. Gold 131/8, Wechsel auf London 145, Wechsel auf Paris 3.96, Bonds 104 1/2, Baumwolle 53.

London, 20. Mai. Der „Globe“ meldet, daß Juárez in Neu-York eine Anleihe von 25 Mill. Doll. gemacht habe.

Bermischte Nachrichten.

— **München, 19. Mai. (Nürn. Kor.)** Dem Vernehmen nach hat die Verordnung in Betreff der Freigebung der Biersteuer die königl. Genehmigung bereits erhalten und wird demnächst veröffentlicht werden.

— **Würzburg, 18. Mai.** Ein einstimmiger Beschluß der philosophischen Fakultät beantragt die Berufung des Professors Mitsch in Bonn an die hiesige Universität.

— **Frankfurt, 19. Mai. (Fr. P. Ztg.)** Der deutsche Handelstag wollte nach dem in der letzten Generalversammlung zu Berlin gefassten Beschluß seine diesjährige Sitzung in Braunschweig abhalten. Der daselbst stattgefundene Schloßbrand hat dieses Vorhaben

verletzt und ist daher von der geschäftsleitenden Kommission des deutschen Handelstags unsere Stadt für die diesjährigen Sitzungen auszuwählen worden. Die Handelskammer hat demzufolge bereits an eine Anzahl geachteter hiesiger Bürger (Kaufleute, Industrielle und Gewerbetreibende) eine Einladung zur Bildung eines Lokalkomitees erlassen, welches die nöthigen Vorbereitungen zu einem würdigen Empfang und zur gastfreundlichen Begrüßung der hier eintreffenden Mitglieder des deutschen Handelstags treffen soll. Das Programm für die beabsichtigten Festlichkeiten soll in diesen Tagen in einer Versammlung des Lokalkomitees beraten und festgestellt werden.

* **Frankfurt, 22. Mai.** Der Vorstand des Nationalvereins, die H. Bennigsen, Fries und Dr. Müller, war gestern hier versammelt und beschloß die Einberufung des Gesamtausschusses auf den 8. Juni nach Frankfurt.

— **Flensburg, 15. Mai. (S. R.)** Der preussische Oberregierungsrat Augustin, während der Okkupation Jütlands Dirigent des dortigen Zoll- und Steuerwesens, hielt sich seit einiger Zeit im Auftrag seiner Regierung hier auf, um die beim Zollanfluß der Herzogtümer an Preußen in Betracht kommenden Verhältnisse genau kennen zu lernen. Jetzt hat derselbe seine Arbeiten beendet und ist auf seinen Posten in Preußen zurückgekehrt.

— **Florenz, 16. Mai. (A. J.)** Das königl. Dekret, durch welches der Abkömmling der Dante'schen Familie der Alighieri, der Graf Pietro Jarego Alighieri von Verona, in die eins dieser Familien zugehörigen Familienrechte in Florenz eingesetzt wird, lautet zugleich für dessen sämtliche Nachkommenschaft. Es ist, wenn wir nicht irren, vom König am 27. April, am Jahrestag der friedlichen toskanischen Revolution, gleichzeitig mit dem Dekret zur Erweiterung der Stadt Florenz durch theilweise Annetirung der umliegenden Gemeinden unterzeichnet worden. Die ganze Haltung bei der Enthüllung von Dante's Standbild am 14. Mai ließ den entschiedensten politischen Charakter hervortreten. Der Bürgermeister sprach dabei in seiner Rede direkt aus: die Welt möge wissen, daß diese Feier des Dichters nichts Anderes sei, als eine Befestigung des Rechts, womit sich die italienischen Stämme zur Nation zusammenschließen haben. Als nach der Enthüllung des Denkmals Prof. Giuliani noch ausdrücklich auf die noch nicht vollführte Erwerbung von Venedig und Rom in seiner ebenfalls scharf politischen Rede hingewiesen hatte, beglückwünschte ihn der König lebhaft für seine Liebe zu Dante und Italien. Der Benediktiner antwortete gerührt: seine Liebe zu Italien erfülle ihn mit Dankbarkeit und Bewunderung für Das, was der erwählte König für die nationale Sache gethan habe. Der König erwiderte: „Ich habe gethan, was ich thun konnte, und bin bereit, was übrig bleibt, zu vollführen.“ Der Professor fügte hinzu: „Majestät, Gott segne Ihr Schwert!“ Und der König schloß: „Ich habe es für die Sache der Gerechtigkeit und für die Sache Italiens erfaßt.“ Der Zufall der Fremden mit der Eisenbahn wird für den Tag auf 4000 bis 5000 angegeben; die Straßen waren auch fortwährend mit fremden Gesägten gefüllt. Inzwischen hielt das Municipium doch noch immer möbierte Wohnungen bereit, obwohl gleichzeitig die Ankommenen zur Niederlassung in der neuen Hauptstadt mit den speziellen Festbesuchern konkurriren mußten. So ist, wie schon öfter erwähnt, die früher so gesüchtete Wohnungsnoth auch mehr eine künstliche als wirkliche.

Das Wetter hat sich gut gehalten, wenn auch das heitere frische Himmelsblau, das über dem Festzug lächelte, über die Enthüllung des Denkmals hinaus nicht mehr lange ungetrübt blieb. Der Wind hatte sich wieder nach dem dunnbringenden Süden gewendet. Ueber die folgenden Volksfeste werden wir kurz sein können, da sie keinen wesentlichen Charakter in Rücksicht auf die Feier eines Dichters wie Dante an sich tragen.

— Die Remesio hat ein spanisches Sklavenschiff erlitt, welches aus dem Ponga-Flusse entkam. Nachdem es zwei Tage auf hoher See gewesen, bemächtigten sich die Sklaven des Schiffes und ermordeten die ganze Mannschaft bis auf zwei Personen, welche Sierra Leone erreichten.

— Friederike Hofmann hat ihren Gastrollen-Cyklus auf dem kaiserlichen Theater zu Petersburg beendet und wird, bevor sie die russische Hauptstadt verläßt, am 21. Mai zum Besten des deutschen Wohltätigkeitsvereins noch eine Vorstellung geben.

* In den Vereinigten Staaten existiren 53 religiöse Sekten, darunter 10 verschiedene Arten von Baptisten, 9 von Methodisten, 13 von Presbyterianern und 2 von Quäkern. Die Baptisten zählen 1,724,373 Seelen, die Methodisten 1,651,732. Die römisch-katholische Kirche hat 3,177,140 Befenner. Die zehn Untersekten der Baptisten führen merkwürdige Namen: die regelrechten Baptisten, die Antimission-Baptisten, die Baptisten vom sitzenden Tage, die Baptisten von den sechs Prinzipien, die Ueberbrüder, die Weinbrüder, die Menmoniten, Campbelliten und Dunler.

— Der „Richmond Whig“, welcher bisher den Wahlspruch „Semper tyrannus“ an der Spitze trug, hat denselben auf Verlangen des Generalprofes weglassen lassen.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
20. Mai.					
Morgens 7 Uhr	28° 0,76	+ 13,0	N.O.	ganz bew.	trüb, Regentropfen
Mittags 2 „	27° 11,90	+ 18,5	„	„	„
Nachts 9 „	„ 11,90	+ 15,0	„	„	„
21. Mai.					
Morgens 7 Uhr	27° 11,40	+ 13,0	N.O.	schw. bew.	heiter, mild
Mittags 2 „	„ 11,50	+ 21,5	„	„	„
Nachts 9 „	„ 11,58	+ 17,0	S.W.	„	„

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 23. Mai. 2. Quartal. 71. Abonnementsvorstellung. **Alceste**; große Oper in drei Akten, von Ritter v. Gluck.

Theater in Baden.

Mittwoch 24. Mai. **Don Carlos**; Trauerspiel in 5 Akten, von Schiller.

3.v.39. W o l f a c h. Heute früh 7 1/2 Uhr entschlief sanft und gottgegeben meine liebe Frau Nanette, geb. Neef, nach siebenmonatlichem schwerem Leiden, im Alter von 28 Jahren 3 Monaten.

Um stille Theilnahme bittet,
Wolfsach, den 20. Mai 1865,
Hermann Vogt,
im Namen der Hinterbliebenen.

3.v.43. M a n n h e i m. Auswärtige Freunde und Verwandte benachrichtige ich von dem Hinscheiden meiner theuern Gattin, Helene Waag, geb. Wallenbrein. Sie entschlief, nach einem längern Leiden, gestern Abend 6 Uhr.

Ich und die Meinigen bitten, der Bollenbetten ein liebes Andenken zu bewahren, und unsern Schmerz in Theilnahme mit uns zu tragen.
Mannheim, den 22. Mai 1865.
E. Waag, Professor.

3.v.40. So eben ist erschienen, und zu haben in der G. Braun'schen Hofbuchhandlung in Karlsruhe:

Die protestantische Freiheit
im Kampfe mit der kirchlichen Reaktion
von
Dr. Daniel Schenkel.
Preis 1 fl. 48 kr.

3.v.42. In der G. F. Winter'schen Verlagshandlung in Leipzig und Heidelberg ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Prof. Dr. H. S., Geh. Rath und Professor zu Heidelberg, Lehrbuch der politischen Oekonomie. Dritter Band. 2. Abtheilung. Fünfte vermehrte und verbesserte Ausgabe.

Auch unter dem Titel:
Grundsätze der Finanzwissenschaft. Zweite Abtheilung. Fünfte vermehrte und verbesserte Ausgabe. gr. 8. geh. Preis 2 Thlr. 20 Ngr.

Vor kurzem erschienen in neuer Auflage:
I. Band: Grundsätze der Volkswirtschaftslehre. Siebente Ausgabe. Preis 2 Thlr. 20 Ngr.

II. Band: Grundsätze der Volkswirtschaftspolitik. In 2 Abtheilungen. Fünfte Ausgabe. Preis 5 Thlr.

III. Band. 1. Abtheilung: Grundsätze der Finanzwissenschaft. Erste Abtheilung. Fünfte Ausgabe. Preis 2 Thlr. 10 Ngr.

Z. x. 41. Im Verlag von J. Engelhorn in Stuttgart ist erschienen und in allen Buchhandlungen des Grossh. Baden und der Nachbarländer vorräthig:

Excursionsflora
für das
Grossherzogthum Baden
von
Dr. Moritz Seubert,
Hofrath und Professor an der polyt. Schule zu Karlsruhe.
Preis geb. 1 fl. 48 kr.

3.v.972. Karlsruhe.
Bekanntmachung.

Vom 24. d. Mts. an werden wieder wie im vorigen Jahre, sowohl an den Schaltern des hiesigen Hauptbahnhofes, als auch bei der Station am Mühlburgerthor, Abonnementskarten für 10 Hin- und Rückfahrten zwischen Karlsruhe und Badisch-Weitzmann mit einer Gültigkeitsdauer bis zum 1. Oktober d. J. zu ermäßigten Fahrpreisen ausgegeben.

Zwischen den am Hauptbahnhofe und jenen am Mühlburgerthor zur Ausgabe kommenden Abonnementskarten besteht kein Preisunterschied, und es beträgt die Tage einer solchen Karte, welche beliebig zur Fahrt von und nach dem Hauptbahnhofe, oder von und nach der Station Mühlburgerthor benützt werden kann, für die erste Wagenklasse 4 fl. 30 kr.

„ „ zweite „ 3 fl. und
„ „ dritte „ 2 fl.
Karlsruhe, den 17. Mai 1865.

Direktion
der großh. Verkehrsanstalten.
Zimmer.
Schneider.

3.v.30. B ü h l.
Weinverkauf.

1500 Maß reingehaltener 1863er Pfälzer Rothwein, 1200
Nähere Auskunft bei
Kud. Guth in Bühl.

Vom Bandwurm
heilt gefahrlos in 2 Stunden **Dr. Bloch** in
Wien, Praterstrasse 42. Consultation brieflich.
Z. s. 436.

Kommission, Expedition, Arbeit & Co., Karlsruhe, Handels- u. Agenturbureau.

WARNUNG.

Guano-Depot
der Peruanischen Regierung in Hamburg.

Wir empfehlen dem landwirthschaftlichen Publicum dringend, sich wegen Bezeichnung von Peru-Guano entweder direct an uns zu wenden, oder doch nur an Zwischenhändler von anerkannter Respectabilität, da neuerdings verfälschter Guano in den Handel gebracht wird. Auch warnen wir davor, von Personen zu kaufen, welche sich Agenten des hiesigen Depots nennen, da Niemand eine solche Vollmacht besitzt.

Hamburg, April 1865. **Aug. Jos. Schön & Co.**

und
J. D. Mutzenbecher Söhne.

3.v.750.
3.v.35. Weissenburg.
Großes Pferderennen.

Schleithal-Weissenburger Rennbahn (3 Kilometer von der Stadt) am Pfingstmontag den 5. Juni 1865, am Mittag.

Die zahlreichen Preise im Betrag von 3500 Fr. nebst Sattelzug u. dgl. versprechen dem Beste einen glänzenden Erfolg. Freunde der Pferdezucht und Pferdeliebhaber finden Gelegenheit, einem interessanten Feste beizuwohnen, welches den folgenden Tag durch einen stark besuchten Pferdemarkt geschlossen wird.

Die Rennen finden am Bahnhof von Weissenburg Gelegenheit, an die Rennbahn zu fahren.

3.v.28. N r. 456. K o n s t a n z.

Bekanntmachung.

Die Vacatur eines v. Reichsständischen Stipendiums in Konstanz. Von den beiden mit Erlaß des Ministeriums des Innern vom 14. April v. J., Nr. 3778, neu gegründeten Stipendien II a für katholische Studierende aller wissenschaftlichen und technischen Fächer, im jährlichen Betrage von je 200 fl., ist das eine mit April d. J. in Ertheilung gekommen.

Rückständig der Vergütung dieses Stipendiums gelten folgende Grundsätze:
1) Dazu vereinschaften sich jene katholischen Studierenden der genannten Fächer aus den ehemaligen hiesigen Ritterorten, welche die 3. Klasse einer gelehrten oder höhern Bürger Schule absolvirt haben.

Der Stipendiat behält den Genuß des ihm einmal verliehenen Stipendiums im Falle der Würdigkeit und Dürftigkeit bis zur Vollenbung seiner Studien.

2) Sollten keine vereinschafteten Bewerber aus den ehemaligen hiesigen Ritterorten vorhanden sein, so kommt die Reihe an andere katholische Studenten des Großherzogthums.

Die Bewerber um dieses erledigte Stipendium haben ihre gebührend beglaubigten Bescheinigungen binnen 4 Wochen bei unterfertigter Stelle einreichen.
Konstanz, den 18. Mai 1865.

Verwaltungsrath der Distriktsstudien.
Stöcker, K. v. F. Stabler.
vdt. Volberauer.

3.v.20. N r. 2556. V ö r r a c h.

Wiesenthal-Bahn.

Mit Beschluß des Verwaltungsrathes vom 16. I. M. wurde die 1te ordentliche Generalversammlung auf Mittwoch den 31. Mai, Vormittags 11 Uhr, in den Gasthof zum Hirch in Vörrach festgesetzt und folgende Tagesordnung aufgestellt:

1) Mittheilung des letzten Protokolls,
2) Bericht der Rechnungsrevisoren und Neuwahl derselben für die nächste Periode,
3) Behandlung des Jahresberichts.

Indem wir die Herren Aktionäre hiezu ergebenst einladen, theilen wir denselben mit, daß die Eintritts-, sowie Fahrkarten bezogen werden können in Basel bei Herrn Bischoff zu St. Alban, in Vörrach bei Herrn Bischoff zu St. Alban, in Schopfheim bei Herrn Bischoff zu St. Alban, an welchen Orten auch der Jahresbericht zur Abgabe bereit liegt.
Vörrach, den 18. Mai 1865.

Direktion der Wiesenthal-Bahn.

Jedermann sein eigener Drucker.

Tragbare Apparate zum autographischen Druck von Circulären, Berichten, Formularen, Tabellen, Musiknoten, Zeichnungen u. s. w. in beliebiger Zahl, zum Gebrauche von Behörden, Handelshäusern, Fabrikanten, Geschäftsleuten und Verkehrs-Instituten jeder Art, seit Jahren bewährt, wie durch Zeugnisse derselben bezeugt. Acht Formatgrößen für die verschiedensten Bedürfnisse von 15 bis 33 Thlr. V. M. Specielle Auskunft mit Preisverzeichnis und Probedruck auf frankirtes Verlangen ertheilt (franco innerhalb des deutschen Postvereins).

Z. x. 51. K a r l G ö p p e l i n S t u t t g a r t.

Mädchen-Gesuch.

3.v.926. Für eine kleine Familie in Mannheim wird ein Mädchen, das gut kochen kann und sich allen übrigen häuslichen Arbeiten unterzieht, gegen sehr guten Lohn in Dienst gesucht. Angebote unter Chiffre G besorgt die Expedition dieser Zeitung. Ohne gute Zeugnisse braucht sich übrigens Niemand zu melden.

Commiss und zugleich geübte Verkäufer werden einige in ein lebhaftes Manufakturwaaren-Geschäft gesucht.
Auf frankirte Anfragen ertheilt nähere Auskunft die Expedition dieses Blattes. 3.v.959.

Für Biegeleibhaber und Bauunternehmer. 3.v.36. Ein praktischer Ziegler übernimmt das Anfertigen und Brennen von Feldsteinen im Maß von per Tausend; derselbe ist erprobter, tüchtiger Dachziegler und bereit, eine derartige Ziegerei mit starkem Betrieb in Afford zu übernehmen. Näheres unter N. G. bei der Expedition dieses Blattes.

dem Geschäftszimmer des technischen Beamten dahier eingesehen werden.

Waldbühn, den 18. Mai 1865.
Großh. Post- und Eisenbahnamt.
Der Vorstand: Der Ingenieur:
Petitjean. Scholl.

3.v.16. E m m e n d i n g e n. (Holzversteigerung.) Aus dem Domänenwald Eheminger Almend, Hartholzschlag Nr. 1 und Weichholzschlag Nr. 2

werden bis Montag den 29. Mai d. J. die nachgenannten Eschleichenhöfzer öffentlich versteigert:

157 Stämme Bau- und Wagnerholz, 29 Rftr. Scheitholz, 7 Rftr. Reibstedenholz, 8 Fuß langes 84 Rftr. Roll- und Brühlholz und 2 Loose Schlagholz. Zusammenkunft früh 9 Uhr im Weichholzschlag Nr. 2 zunächst der Feuerbachbrücke am Steinburger Weg.

Emmendingen, den 18. Mai 1865.
Großh. bad. Bezirksforstei.
Fischer.

3.v.25. K i r c h z a r t e n. (Holzversteigerung.) Aus dem Domänenwaldungen Langst und Kapfenst werden bis Montag den 29. Mai d. J. versteigert:

1) Auf dem Holzplatz Tiefenbach bei der Hofbrück: 21/2 Rftr. buchenes Spaltholz; 104/2 Rftr. buchenes Scheit- und Klobholz; 1 Rftr. tanenenes Klobholz; 27 Rftr. buchene Brühl, 2) Beim nördlichen Reiterhof in St. Wilhelm: 17/2 Rftr. buchene Brühl und Stumpen.

3) Beim Schneepfad: 43 tanene Telegraphen- und 72 tanene Gerüstlängen; 40/2 Rftr. buchenes und 27/2 Rftr. tanenes Scheit- und Klobholz; 90 Rftr. buchene Brühl und mehrere Loose Reis- und Abfallholz.
Zusammenkunft Mittags 2 Uhr im Adler in Oberried. Kirchzarten, den 20. Mai 1865.

Großh. bad. Bezirksforstei.
Sartweg.

3.v.177. N r. 12398. K a r l s r u h e. (Warenung.) Dem Lehrer Frick in Neuenburg kam ein auf den Namen seiner Ehefrau, Pina, geb. Wihuber, aus Balingen im Jahr 1845 ausgefertigter Rentenschein der Allgemeinen Versicherungsanstalt im Großherzogthum Baden über 200 fl., Nr. 345, abhanden.

Wir warnen hiermit vor dem Erwerb desselben. Karlsruhe, den 18. Mai 1865.
Großh. bad. Amtsgericht.
Mayer.

3.v.975. N r. 1174. I. B i o l l a m m e r. M o s b a c h. (Urtheil.)

J. E. der Ehefrau des Georg Michael Ling von Dreibühl, K., gegen ihren Ehemann, Welf., Vermögensabsonderung betr. Vertheilung.

Die klägerische Ehefrau wurde durch heute ergangenes Urtheil für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von dem ihres Mannes abzulösen. Mosbach, den 2. Mai 1865.

Großh. bad. Kreisgericht.
Sergert.

3.v.184. N r. 5438. S t a u f e n. (Verschollenheitserklärung.) Da Fiedel und Magdalena Hipp von Griesheim der Aufforderung vom 11. Mai v. J. ungeachtet keine Nachrichten von sich gegeben haben, so werden sie für verschollen erklärt und deren Vermögen ihren Erben in fürsorglichen Besitz gegeben.

Staufen, den 20. Mai 1865.
Großh. bad. Amtsgericht.
Lübke.

3.v.1. N r. 3718. E t t i n g e n. (Gläubiger-Aufforderung.) Franziska Spera, ledig, von Ettlingen beabsichtigt, nach Nordamerika auszuwandern. Etwaige Forderungen sind

Freitag den 26. Mai d. J. früh 11 Uhr, dahier anzumelden. Ettlingen, den 19. Mai 1865.
Großh. bad. Bezirksamt.
Kuh.

3.v.167. N r. 7193. O f f e n b u r g. (Bekanntmachung.) Der ledige Fabrikarbeiter Leopold Anderer von Offenbach soll in einer dahier anhängigen Untersuchungssache einvernommen werden. Wir bitten um Angabe des derzeitigen Aufenthaltsortes desselben.

Offenburg, den 15. Mai 1865.
Großh. bad. Amtsgericht.
Fischer.

3.v.200. N r. 7169. M ü l l h e i m. (Fahndung.) Auffindung einer Kindesleiche in Neuenburg betr.

Am 20. d. Mts., Morgens, wurde eine halbe Stunde unterhalb Neuenburg im Rhein die ganz unbeschädigte Leiche eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts gefunden. Derselbe hatte eine oberflächliche Schnittwunde am Hinterkopf, war noch mit einem Theil der Nabelschnur versehen, scheint nicht ganz ausgeatmet, aber lebensfähig und lebend zum Welt gekommen und unmittelbar nach der Geburt im Wasser erstickt zu sein.

Die Leiche war wahrscheinlich eine Strecke am Grunde des Stromes getrieben und dürfte 10 — 12 Tage im Wasser gelegen sein.

Wir bitten um Fahndung auf die unbekannte Mutter. Mühlheim, den 21. Mai 1865.
Großh. bad. Amtsgericht.
Krosch.

3.v.191. N r. 9253. M o s b a c h. (Aufforderung und Fahndung.) Eisenbahnarbeiter Ludwig Bartholomäus von Gufersweiler ist auf Antrag großh. Staatsanwaltschaft dahier wegen Entwendung eines wollenen Wammes zum Nachtheil des Eisenbahnarbeiters Wilhelm Gille von Staboltendörfer, im Werth von 2 fl., angeklagt und hat sich der eingeleiteten Untersuchung durch die Flucht entzogen. Derselbe wird nun aufgefordert, sich binnen 4 Wochen dahier zu stellen und sich über das ihm zur Last gelegte Vergehen zu verantworten, widrigenfalls das Erkenntnis nach dem Ergebnis der Untersuchung gefällt wird. Zugleich eruchen wir die Polizeibehörden, den Ludwig Bartholomäus im Betretungsfall auszuliefern. Mosbach, den 16. Mai 1865.
Großh. bad. Amtsgericht. Kittinger.